



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
Entwicklungsausschuss
Unterausschuss Menschenrechte*

28.9.2010

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: SACHAROW-PREIS FÜR GEISTIGE FREIHEIT 2010

Die Mitglieder erhalten als Anlage die Liste der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge sowie die im Sekretariat eingegangenen Begründungen und Biografien der Anwärter auf den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2010, die gemäß der Satzung für den Sacharow-Preis von mindestens 40 Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder einer Fraktion nominiert wurden.

GENERALDIREKTION
EXTERNE POLITIKBEREICHE

CM\832022DE.doc

PE448.983v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

SACHAROW-PREIS FÜR GEISTIGE FREIHEIT 2010
Von Fraktionen und einzelnen Mitgliedern vorgeschlagene Kandidaten
in alphabetischer Reihenfolge

Kandidat	Tätigkeit	Nominiert von
ACCESS	Bürgerbewegung, die Menschenrechtsverteidigern hilft, sich selbst und ihre Online-Kommunikation zu schützen. ACCESS bietet außerdem technologische Unterstützung, um den Informationszugang trotz Zensur durch repressive Regimes zu gewährleisten.	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Haytham AL-MALEH	Prominenter syrischer Aktivist und Menschenrechtsanwalt, der am 4. Juli 2010 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Laut Prozessbeobachtungsmissionen von internationalen Zivilgesellschaftsorganisationen entsprach das Gerichtsverfahren gegen Herrn Al-Maleh nicht den internationalen Normen für faire Verfahren.	Heidi Hautala und 44 weiteren Mitgliedern
BREAKING THE SILENCE	Die israelische Nichtregierungsorganisation (NRO) wurde von Soldaten und Veteranen der israelischen Streitkräfte gegründet, die Zeugenaussagen über ihren Militärdienst im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem während der zweiten Intifada sammeln. Sie bietet dienenden und ehemaligen israelischen Militärs und Reservisten eine Plattform, auf der sie ihre Erfahrungen in israelisch besetzten Gebieten vertraulich beschreiben können.	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Guillermo FARIÑAS	Der kubanische Arzt, Psychologe, unabhängige Journalist und politische Dissident trat in Kuba seit Jahren in insgesamt 23 Hungerstreiks, um gegen verschiedene Aspekte des kubanischen Regimes zu protestieren. Er hat erklärt, dass er bereit sei, im Kampf gegen die Zensur in Kuba zu sterben.	Fraktion der europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten sowie Edvard Kožušník und 91 weiteren Mitgliedern

Aminetu HAIDAR	Sahrauische Menschenrechtsverteidigerin und führende politische Aktivistin für die Unabhängigkeit der Westsahara. Wegen ihres gewaltlosen Widerstands - Hungerstreiks mit eingeschlossen - im Kampf für die Unabhängigkeit der Westsahara, wird sie oftmals „sahrauische Gandhi“ genannt.	Norbert Neuser, Willy Meyer, Raúl Romeva i Rueda und 40 weiteren Mitgliedern
Dawit ISAAK	Eritreischer Journalist, Schriftsteller und Bühnenautor, seit 2001 in politischer Gefangenschaft. Seine Haftbedingungen sind sehr hart. Das Europäische Parlament hat wiederholt seine unverzügliche Freilassung gefordert.	Olle Schmidt, Cecilia Wikström, Marit Paulsen und Lena Ek sowie 37 weiteren Mitgliedern
Birtukan MIDEKSA	Die äthiopische Politikerin und frühere Richterin ist Kopf der Oppositionspartei „Einheit für Demokratie und Gerechtigkeit“. Am 28. Dezember 2008 wurde sie verhaftet und zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt. Sie erklärte öffentlich, ihren „friedlichen Kampf für mehr Demokratie, Respekt für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ in Äthiopien fortsetzen zu wollen.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Vater Thadeus, NGUYÊN VAN LY	Vietnamesischer Priester und führender Menschenrechtsaktivist, der nur gewaltlosen Widerstand als Mittel einsetzt, um sein Ziel - die Förderung universeller Menschenrechte - zu erreichen.	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten
OPEN DOORS	Nicht-konfessionelle christliche Mission, die verfolgte Christen, also die religiöse Minderheit, die am stärksten unter Verfolgung zu leiden hat, unterstützt. Momentan ist die Mission mit einer Vielzahl von Maßnahmen in mehr als 45 Ländern aktiv.	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten

Nominiert von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa



Der Zugang zum Internet entwickelt sich rasch zu einer der aktuellsten Menschenrechtsfragen der heutigen Zeit – und zwar sowohl als ein im Entstehen begriffenes eigenständiges Recht als auch als Voraussetzung für die Ausübung zahlreicher weiterer Rechte. „Access“ ist eine Bürgerbewegung, die Menschenrechtsverteidigern hilft, sich selbst und ihre Online-Kommunikation zu schützen. „Access“ bietet außerdem technologische Unterstützung, um den Informationszugang trotz Zensur durch repressive Regimes zu gewährleisten.

Gegründet im Ergebnis der Repressionen nach den iranischen Wahlen 2009 trug „Access“ mit ihrer technologischen Unterstützung maßgeblich dazu bei, dass die iranische Demokratiebewegung ihre Internetpräsenz aufrechterhalten konnte. Als Millionen von Menschen die Wahlergebnisse anfochten, leitete ein Online-Netzwerk von digitalen Aktivisten eine Reihe von Maßnahmen ein, um den Zugang zu Facebook, Twitter, unabhängigen Blogs und Mail-Clients aufrechtzuerhalten und deren Überwachung zu verhindern. Aus diesem Netzwerk von über die ganze Welt verteilten digitalen Aktivisten ist inzwischen „Access“ hervorgegangen. Durch ihre Arbeit hat die Bürgerbewegung dazu beigetragen, dass Tausende Protestvideos und Beispiele für Menschenrechtsverletzungen ins Netz gestellt werden konnten (die inzwischen von über fünf Millionen Nutzern aufgerufen wurden); dass Hunderttausende Menschenrechtsverteidiger und Normalbürger die Firewall sicher überwinden und auf wichtige gesperrte Webseiten zugreifen konnten und dass Organisationen, die sich für die verschiedensten Rechte einsetzen, sich trotz ständiger Angriffe von Regimes und deren Hackern nicht aus dem Internet vertreiben lassen. „Access“ setzt sich für einen offenen globalen Internetzugang sowie den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein.

<http://www.accessnow.org/>

Nominiert von Heidi Hautala und 44 weiteren Mitgliedern

Für den Sacharow-Preis 2010 Haytham Al-Maleh, syrischer Menschenrechtsanwalt

Ein Jahr nach Annahme einer EntschlieÙung zum Fall des syrischen Anwalts Muhammad Al-Hassani, der willkürlich verhaftet und in Isolationshaft gehalten worden war, nahm das Europäische Parlament am 9. September 2010 eine EntschlieÙung über die Lage der Menschenrechte in Syrien und insbesondere den Fall Haytham Al-Maleh, ein 80-jähriger Menschenrechtsanwalt, an.

Haytham Al-Maleh wurde am 14. Oktober 2009 von Geheimdienstbeamten willkürlich verhaftet, bis zu seiner Vernehmung durch den Militärstaatsanwalt am 20. Oktober 2009 in Isolationshaft gehalten und vom Zweiten Militärgerichtshof in Damaskus trotz der Tatsache, dass Militärgerichte nicht für Prozesse gegen Zivilisten zuständig sein sollten, abgeurteilt. Die Verhaftung erfolgte zu dem Zeitpunkt, den die Mitgliedstaaten der EU für die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit Syrien vorgeschlagen hatten, in dem die Achtung der Menschenrechte einen wesentlichen Bestandteil darstellt.

Haytham Al-Maleh wurde am 4. Juli 2010 nach Artikel 285 und 286 des syrischen Strafgesetzbuchs wegen „Verbreitung falscher und übertriebener Informationen, die das Nationalgefühl schwächen“ zu drei Jahren Haft verurteilt. Ausgangspunkt für die Anschuldigungen sind Herrn Al-Malehs Interviews in den Medien, in denen er kritisierte, dass der Ausnahmezustand in Syrien nach wie vor in Kraft ist und das Justizsystem noch immer von den syrischen Behörden kontrolliert wird. Laut eindeutigen Berichten von Prozessbeobachtungsmissionen, die von internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert worden waren, entsprach das Verfahren gegen Haytham Al-Maleh nicht den internationalen Normen für faire Gerichtsverfahren.

Herrn Al-Malehs gesundheitlicher Zustand hat sich im Sommer 2010 ernsthaft verschlechtert. Obwohl er an Arthritis, Diabetes und Schilddrüsenproblemen leidet, wird ihm ein regelmäßiger Zugang zu medizinischer Versorgung verwehrt.

Die Verurteilung von Haytham Al-Maleh, der in Syrien als bekannter Menschenrechtsanwalt gilt, signalisiert die anhaltende Verfolgung von Anwälten und Menschenrechtsverteidigern. Sie sendet deutliche Warnsignale an Anwälte aus, die sich für Rechtsstaatlichkeit einsetzen und die mit dem seit 1963 in Kraft befindlichem Ausnahmezustand verbundenen Restriktionen tagtäglich anfechten.

Die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Syrien wurde auf Antrag Syriens vertagt. Im Oktober 2009 erteilte der Rat der Kommission das Mandat, die Situation zu klären und nach Wegen für eine Unterzeichnung dieses Abkommens zu suchen. In seiner EntschlieÙung von September 2010 verweist das Parlament nachdrücklich auf die Verschlechterung der Menschenrechtsslage, einschließlich der systematischen Unterdrückung von Anwälten und Menschenrechtsverteidigern in Syrien, und ersucht um klare Mechanismen für eine Aufnahme von Gesprächen zwischen Syrien und der EU über konkrete

Verbesserungen in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie, die von den syrischen Staatsorganen erwartet werden.

Die Verleihung des Sacharow-Preises 2010 an Herrn Al-Maleh könnte all jene ermutigen, die in Syrien die Menschenrechte verteidigen und sich für demokratische Reformen einsetzen. Gleichzeitig wäre sie ein wichtiges Signal für die EU, deren Aufgabe es ist, in ihren externen Aktionen in Bezug auf die Achtung und Förderung der Menschenrechte für Kohärenz und Effizienz zu sorgen.

Nominiert von Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz

Breaking the Silence



Beschreibung der Organisation und ihrer Arbeit

„Breaking the Silence“ ist eine 2004 von Soldaten und Veteranen der israelischen Streitkräfte gegründete israelische NRO, die Zeugenaussagen über ihren Militärdienst im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem während der zweiten Intifada sammeln und veröffentlichen.

In einer Gesellschaft, die dazu neigt, die mit der Besetzung verbundene Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu ignorieren, kommt der Arbeit von „Breaking the Silence“ ganz entscheidende Bedeutung zu. Die Organisation unterstreicht, dass die israelische Gesellschaft nach wie vor die Augen verschließt und ignoriert, was in ihrem Namen geschieht. „Breaking the Silence“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die israelische Öffentlichkeit mit der Realität der israelischen Besetzung aus der Sicht israelischer Soldaten zu konfrontieren und die Debatte über die Auswirkungen der anhaltenden Besetzung auf sowohl die palästinensische Bevölkerung als auch die israelische Gesellschaft anzuregen.

Seit 2004 hat „Breaking the Silence“ Zeugenaussagen von über 650 Soldaten, die seit Beginn der zweiten Intifada in den besetzten Gebieten gedient haben, gesammelt. „Breaking the Silence“ organisiert zudem für israelische Jugendliche, Studenten, Politiker, Journalisten, ausländische Diplomaten und die Öffentlichkeit Besuche in den Dörfern der Südhebronberge, um ihnen aus erster Hand einen Eindruck von der erschreckenden Lage in der Region zu vermitteln.

Besonderes Augenmerk legt die Organisation auf die Glaubwürdigkeit der von ihr veröffentlichten Aussagen. Sie fordert zwei Augenzeugen für jede Aussage, untersucht deren Glaubwürdigkeit durch Gespräche mit anderen Soldaten, zeichnet Gespräche auf und stimmt sich mit B'Tselem und anderen Organisationen ab. Es gibt zahlreiche Aussagen, die nicht veröffentlicht werden, weil sie nicht ausreichend verifiziert werden konnten.

Gefahren und Probleme für die Arbeit von „Breaking the Silence“

Obwohl die Arbeit von „Breaking the Silence“ von vielen Menschen in Israel unterstützt wird, ist sie zahlreichen anderen ein Dorn im Auge, die mit immer aggressiveren Mitteln versuchen, die Organisation zum Schweigen zu bringen. Dazu zählen die Verhaftung von Mitgliedern der Organisation, Angriffe und die Verhinderung der von „Breaking the Silence“ organisierten Touren durch das Militär, öffentliche Diffamierung und Versuche, der Organisation den Geldhahn zuzudrehen.

Verhaftungen und Inhaftierung: Mitglieder von „Breaking the Silence“ werden häufig von der israelischen Polizei in der an Hebron angrenzenden Siedlung Kiryat Araba festgehalten. Als Begründung für diese Verhaftungen werden unter anderem öffentliche Ruhestörung, befürchtete Angriffe der Siedler oder auch falsche Beschwerden durch Siedler angegeben. Keine dieser Beschwerden konnte je bewiesen werden, und bislang wurde keine Anklage gegen „Breaking the Silence“ erhoben¹.

Angriffe der Siedler und Verhinderung der Besuche durch das Militär: Die Teilnehmer von organisierten Besuchen der Stadt Hebron werden häufig von dortigen Siedlern angegriffen, wobei diese Angriffe immer brutaler werden. Trotz zahlreicher Beschwerden bei der israelischen Polizei wurde bislang kaum etwas gegen diese Angriffe unternommen. Stattdessen haben die israelischen Streitkräfte mehrfach derartige Besuche unterbunden, um Gewaltakten der Siedler vorzubeugen. Zudem haben Kommandeure der Streitkräfte öffentlich in den Medien erklärt, dass Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und insbesondere Mitglieder von „Breaking the Silence“ die Schuld an der Gewalt in der Region trügen. Solche Erklärungen dienen für die Siedler praktisch als Rechtfertigung für die Bedrohung und Verletzung von Aktivisten. Heute wird ein Drittel aller von „Breaking the Silence“ beantragten Touren abgelehnt, und bei den Besuchen, die stattfinden, kommt es zu Belästigungen und Übergriffen durch die Siedler sowie zu zahlreichen konstruierten Anzeigen gegen „Breaking the Silence“ bei der Polizei. Gegenwärtig ist ein Militärbefehl in Kraft, der Mitgliedern von „Breaking the Silence“ den Zutritt zum Grab der Patriarchen in Hebron verbietet.

Öffentliche Diffamierung und Versuche, die Finanzierung zu stoppen: Bereits seit Gründung von „Breaking the Silence“ gibt es Versuche, die Glaubwürdigkeit der Organisation zu unterminieren und ihren Namen zu beschmutzen. Die öffentlichen Verleumdungen erreichten ihren Höhepunkt nach der Veröffentlichung von Augenzeugenberichten von Soldaten über die Operation „Cast Lead“ in Gaza. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu verurteilte „Breaking the Silence“ öffentlich², und der israelische Außenminister übte Druck auf ausländische Regierungen aus, um sie zur Einstellung der Finanzierung der Organisation zu bewegen³. Gleichzeitig wurde „Breaking the Silence“ zur Zielscheibe der Hetze durch zahlreiche bekannte Persönlichkeiten, zu denen auch zwei prominente Talkshow-Gastgeber des israelischen öffentlichen Armeesenders gehören, die ihre Zuhörer aufforderten, „Breaking the Silence“ „die Knochen zu brechen“⁴.

¹ <http://www.frontlinedefenders.org/node/1570>.

² <http://www.haaretz.com/print-edition/news/pm-slams-breaking-the-silence-1.282675>.

³ http://www.dutchnews.nl/news/archives/2009/07/israel_wants_clarity_on_human.php

⁴ <http://www.nif.org/issue-areas/stories/nif-protests-public-army.html>.

Nominiert von Lothar Bisky im Namen der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Breaking the Silence

„Breaking The Silence“ (BTS) ist eine israelische Nichtregierungsorganisation (NRO), gegründet von Soldaten und Veteranen der israelischen Streitkräfte, die Zeugenaussagen über ihren Militärdienst im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem während der zweiten Intifada sammeln. Sie bietet dienenden und ehemaligen israelischen Militärs und Reservisten eine Plattform, auf der sie ihre Erfahrungen in israelisch besetzten Gebieten vertraulich mitteilen können.

Die erklärte Mission der Organisation besteht darin, das Schweigen der israelischen Soldaten zu brechen, die in das Zivilleben in Israel zurückkehren und erkennen, dass eine Kluft zwischen der Realität, die sie in den besetzten Gebieten vorgefunden haben, und dem zu Hause herrschenden Schweigen besteht.

Die 2004 gegründete Organisation erfasst und veröffentlicht Augenzeugenberichte von Soldaten, um die israelische Gesellschaft zu zwingen, sich mit der von ihr geschaffenen Realität auseinanderzusetzen und sich der Wahrheit über das den Palästinensern angetane Unrecht, die Plünderungen und die Zerstörung von Eigentum zu stellen, Dinge, mit denen die Soldaten vertraut sind.

Die Organisation veröffentlicht auf ihrer Webseite schriftliche und auf Video aufgezeichnete Berichte. Am 15. Juli 2009 gab „Breaking the Silence eine neue Broschüre mit dem Titel „Soldiers' Testimonies from Operation Cast Lead, Gaza 2009“ heraus und veröffentlichte unlängst eine weitere Broschüre mit Augenzeugenberichten von Soldatinnen. Mitglieder der Gruppe gehen in Israel, Westeuropa und den USA auf Vortragsreisen. Für die israelische Öffentlichkeit bietet BTS den Besuchsreisen in die Stadt Hebron an.

Die israelische Regierung protestierte gegen die Finanzierung der Organisation durch ausländische Regierungen und erklärte, dass sie die Finanzierung von NRO mit „einer eindeutig gegen die Regierung gerichteten Agenda“ durch Großbritannien, die Niederlande und Spanien ablehne.

Der israelische Botschafter in den Niederlanden stellte fest, dass Israel eine Demokratie sei und dass derartige Mittel in Regionen fließen sollten, in denen keine Demokratie herrsche. „Breaking the Silence“ sei eine legale und legitime Organisation, doch ihre Finanzierung durch die niederländische Regierung sei in Anbetracht der heiklen politischen Lage unangebracht.

Nominiert von Joseph Daul, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Jaime Mayor Oreja, Jacek Saryusz-Wolski, Jarosław Leszek Wałęsa und Francisco José Millán Mon im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

„Guillermo Fariñas für all jene, die in Kuba für Freiheit und Menschenrechte kämpfen“

Guillermo Fariñas, 48 Jahre alt, ist ein früherer Militärangehöriger, der später zum Kreis der kubanischen „Dissidenten“ stieß. Nach der Aufkündigung seiner Mitgliedschaft im Kommunistischen Jugendverband schloss er sich 1989 der Opposition an. Von Beruf Psychologe und Journalist gründete er die unabhängige Presseagentur „Cubanacan Press“ hauptsächlich mit dem Ziel, die Welt über das Schicksal politischer Gefangener in Kuba zu informieren. Dies war jedoch vergeblich, da die Agentur heute geschlossen ist und ihre Tätigkeit eingestellt hat. Da Demonstrationen verboten sind, ist Guillermo Fariñas 2006 in einen Hungerstreik getreten, um gegen die Internetzensur zu protestieren und freien Zugang zum Internet für alle zu fordern. Von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wurde ihm der Menschenrechtspreis 2006 für freien Zugang zum Internet verliehen.

Als Verfechter der Gewaltfreiheit und als Mensch, der es wagt, das Castro-Regime anzuprangern, ist Guillermo Fariñas eine Persönlichkeit im Kampf gegen die Einkerkерung politischer Gegner. Er verbrachte selbst elfeinhalb Jahre im Gefängnis, doch das sich immer mehr verhärtende kubanische Regime hat ihm weder seine Entschlossenheit noch seine humanistische Einstellung nehmen können. Wie andere vor ihm hat er sich für die Verweigerung der Nahrungsaufnahme als Form des Protests entschieden, um die Öffentlichkeit auf den Stand der Freiheiten in seinem Land aufmerksam zu machen, und ist so zum Hoffnungsträger Dutzender inhaftierter Journalisten und Aktivisten geworden.

Am 24. Februar 2010 trat Guillermo Fariñas zum 23. Mal in den Hungerstreik, kurz nach dem umstrittenen und vom Europäischen Parlament verurteilten Tod des politischen Gefangenen Orlando Zapato Tamayo, der nach einem fast dreimonatigen Hungerstreik aus dem Leben schied. Guillermo Fariñas verband mit seinem Hungerstreik die Forderung nach Freilassung von 26 kranken politischen Häftlingen und prangerte zugleich an, dass das kubanische Regime Menschenrechtsverletzungen bestritt. Sein Hungerstreik, in dessen Verlauf sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechterte, endete 135 Tage später, am 8. Juli 2010, nachdem die Kubanische Katholische Kirche die Freilassung von 52 Gefangenen in diesen vier Monaten bekannt gegeben hatte.

Somit war und wird der Kampf von Guillermo Fariñas stets ein Beispiel für alle Verfechter von Freiheit und Demokratie sein.

Nominiert von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten

sowie

Edvard Kožušník und 91 weiteren Mitgliedern



Guillermo FARIÑAS

Guillermo Fariñas ist ein kubanischer Arzt, Psychologe, unabhängiger Journalist und politischer Dissident, der in Kuba in insgesamt 23 Hungerstreiks getreten ist, um seit Jahren gegen verschiedene Aspekte des kubanischen Regimes zu protestieren. Er hat erklärt, dass er bereit sei, im Kampf gegen die Zensur in Kuba zu sterben.

Er beendete kürzlich einen viermonatigen Hungerstreik, mit dem er die Freilassung von 52 inhaftierten kranken Regimegegnern gefordert hatte. Sein Gesundheitszustand ist schlecht; den Ärzten zufolge sei er dem Tod nahe gewesen.

Gründe für eine Unterstützung durch das Europäische Parlament:

- Fariñas ist ein echtes Symbol für den Kampf für Meinungsfreiheit und Demokratie.
- Er ist bereit, für diese moralischen Prinzipien zu sterben.
- Der Europäischen Union bietet sich eine Gelegenheit, ein Signal an das kubanische Regime zu senden und deutlich zu machen, dass die EU an ihrem Gemeinsamen Standpunkt* festhalten wird, solange keine realen Schritte in Richtung Liberalisierung des totalitären Regimes erfolgen (im Gegensatz zur aktuellen politischen Linie der sozialistischen Regierung in Spanien).

* Im Gemeinsamen Standpunkt von 1996 werden als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba Fortschritte in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie gefordert.

Nominiert von Norbert Neuser, Willy Meyer, Raúl Romeva i Rueda und 40 weiteren Mitgliedern



AMINETU HAIDAR

Aminatou Haidar (geboren 1967 in El Aaiún) ist eine herausragende saharauische Menschenrechtsverteidigerin und Aktivistin für die Unabhängigkeit der Westsahara. Sie ist Vorsitzende der Gemeinschaft Saharauischer Menschenrechtsverteidiger (CODESA). Haidar ist ein Beispiel für gewaltlosen Kampf und friedlichen Widerstand, weshalb sie auch als die „Gandhi der Westsahara“ bezeichnet wird.

Aufgrund ihres Einsatzes für die Verteidigung der Menschenrechte des saharauischen Volkes war sie mehrfach Opfer von Verfolgung und Unterdrückung. Im Jahr 1987 beteiligte sie sich an einer friedlichen Demonstration, bei der Marokko zur Durchführung eines in mehreren Resolutionen der Vereinten Nationen geforderten Selbstbestimmungsreferendums für die Westsahara aufgerufen wurde. Für ihre Teilnahme an dieser Demonstration wurde Aminatou Haidar ohne jede Anklage inhaftiert und verschwand für vier Jahre in marokkanischen Geheimgefängnissen, wo sie zusammen mit Dutzenden saharauischen politischen Gefangenen gefoltert wurde.

Im Jahr 2005 wurde sie von Marokko zu einer siebenmonatigen Haftstrafe verurteilt, die sie im „Schwarzen Gefängnis“ der von Marokko besetzten Stadt El Aaiún in der Westsahara verbringen musste. Im April desselben Jahres nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, in der Marokko zur umgehenden Freilassung Aminatou Haidars und 36 weiterer aus Gesinnungsgründen inhaftierter saharauischer Personen aufgefordert wurde. Aminatou Haidar wurde erst nach Verbüßung der gegen sie verhängten Strafe freigelassen.

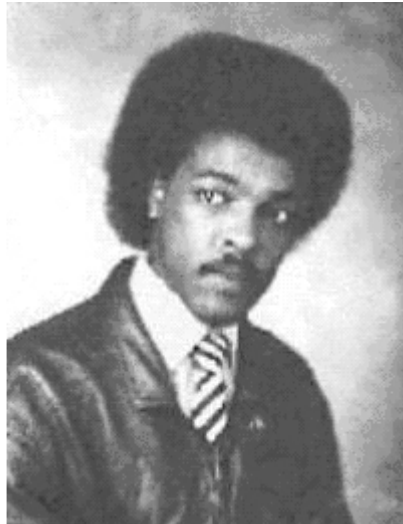
Bei der Rückkehr von einer Reise in die Vereinigten Staaten, wo sie den Civil Courage Prize entgegengenommen hatte, beschlagnahmten die marokkanischen Behörden im November 2009 am Flughafen von El Aaiún (Westsahara) den Reisepass Aminatou Haidars und schoben sie rechtswidrig und unter Zwang nach Spanien ab. Am Flughafen von Lanzarote (Kanarische Inseln) trat sie in einen Hungerstreik, den sie erst nach 32 Tagen beendete, als sie ihre Heimkehr in die besetzten Gebiete erreicht hatte.

Die saharauische Aktivistin wurde unter anderem mit dem Juan-María-Brandrés-Preis und

dem Freedom Award (2006), dem Premio Rosa de Plata (2007), dem Robert F. Kennedy Human Rights Award (2008), dem Civil Courage Prize der Train Foundation (2009) und dem Premio Internacional Jovellanos Resistencia y Libertad (2010) ausgezeichnet. Amnesty International schlug sie als Kandidatin für den Ginetta Sagan Award vor, und sie wurde für den Friedensnobelpreis nominiert.

Nominiert von Olle Schmidt, Cecilia Wikström, Marit Paulsen und Lena Ek sowie 37 weiteren Mitgliedern

Dawit ISAAK



Dawit Isaaq ist Journalist, Schriftsteller und Bühnenautor. Geboren wurde er am 27. Oktober 1964. 29 Jahre später wurde sein Land nach einem langen und blutigen Befreiungskrieg zum Staat Eritrea erklärt. 1987 gelangte er als Kriegsflüchtling nach Schweden, wo er 1992 die schwedische Staatsbürgerschaft annahm.

Als Eritrea seine Unabhängigkeit erlangte, kehrte Dawit in sein Heimatland zurück. Er heiratete und seine Kinder wurden geboren. Schließlich wurde er Teilhaber der ersten unabhängigen Zeitung des Landes, Setit, für die er als Reporter arbeitete. Die Unabhängigkeit des Landes erwies sich jedoch als brüchig: 1998 flammte der Konflikt mit Äthiopien unerwartet wieder auf und wuchs sich zu einem verheerenden Grenzkrieg aus. Dawit kehrte nach Schweden zurück und traf Vorbereitungen, um seine Familie in Sicherheit zu bringen. Seine Frau und seine drei Kinder folgten ihm im April 2000, und gemeinsam ließen sie sich in Göteborg nieder.

Ein Jahr später reiste Dawit erneut nach Eritrea. In Frühling dieses Jahres brodelte es in Asmara vor politischer Aktivität. Der Grenzkrieg hatte eine tiefgehende politische Debatte ausgelöst. Eine Gruppe von 15 Kabinettsmitgliedern forderte unter anderem demokratische Reformen sowie eine gründliche und objektive Bewertung der Ereignisse, die zu dem Krieg geführt hatten. Nachdem die Forderungen der 15 Dissidenten kein Gehör gefunden hatten, verbreiteten sie im Mai ihre Kritik im Internet in Form eines offenen Briefes, der in der freien Presse zusammen mit Analysen, Kommentaren und Interviews mit mehreren der 15 Politiker veröffentlicht wurde. Innerhalb weniger Tage wurden elf der 15 Politiker und 10 führende Journalisten der freien Presse festgenommen. Unter ihnen war auch Dawit Isaaq, der in den frühen Morgenstunden des 23. September 2001, einem Sonntag, verhaftet wurde.

Bisher wurde keiner von ihnen offiziell angeklagt und gegen keinen von ihnen ein fairer Prozess eröffnet. Die Journalisten und Politiker werden als Verräter diffamiert; den Journalisten wird außerdem vorgeworfen, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten zu haben – was nach dem eritreischen Pressegesetz eine Straftat darstellt.

Seit seiner Festnahme gab es nur wenige Lebenszeichen von Dawit Isaak. Im November 2001 sah ihn die damalige schwedische Honorarkonsulin in Asmara, Lis Truelsen, kurz hinter Gittern und konnte einige wenige Worte mit ihm wechseln. Im April 2002 wurde er in ein Krankenhaus verlegt – nach Angaben der amerikanischen Presseorganisation „Committee to Protect Journalists“ (CPJ) zur Behandlung von Folterverletzungen. Im Sommer 2004 erklärte der eritreische Botschafter in Stockholm, Araya Desta, im schwedischen Nationalradio, dass es Dawit gut gehe. Bisher jedoch erhielten weder seiner Familie noch die schwedischen Behörden oder internationale Menschenrechtsorganisationen eine Besuchserlaubnis. Die eritreischen Behörden behaupten, Dawit besitze ausschließlich die Staatsbürgerschaft von Eritrea und sei kein schwedischer Staatsbürger, sodass sein Fall eine interne Angelegenheit sei.

Im Frühjahr 2010 gelang einem ehemaligen Gefängniswärter des berüchtigten Gefängnisses Eiraeiro, in dem Dawit Isaak sowie weitere Journalisten und Vertreter der Opposition eingekerkert sind, die Flucht von Eritrea nach Äthiopien. Seiner Aussage zufolge befindet sich das Gefängnis in der Wüste (ca. 100 km von der Hauptstadt Asmara entfernt) und versorgt sich im Wesentlichen selbst, um die Inhaftierten noch weiter von der Gesellschaft zu isolieren. Die Zellen sind drei mal vier Meter groß und verfügen über eine Toilette, eine Dusche und drei Decken. Die Gefangenen erhalten nur eine Mahlzeit am Tag, die aus sechs Scheiben Brot und einer (wenig nahrhaften) Suppe besteht. Den Wärtern ist jede Kommunikation mit den Gefangenen verboten. Um zu gewährleisten, dass sich keine Beziehungen zwischen Wärtern und Gefangenen entwickeln können, arbeiten die Wärter stets in Gruppen zusammen, die aus drei oder vier Wärtern bestehen. Die Gefangenen müssen stets Handschellen tragen, und psychologische Folter ist weit verbreitet. Ferner werden niemals die Namen der Gefangenen benutzt, sondern sie werden nur mit der ihnen gegebenen Nummer angesprochen.

Im Sommer 2010 teilte ein Vertreter der eritreischen Regierung einer schwedischen Tageszeitung mit, dass der Fall Dawit Isaak niemals vor Gericht kommen werde, da er als Risiko für die nationale Sicherheit von Eritrea betrachtet werde.

Im Januar 2009 forderte das Europäische Parlament in der Entschließung zum Horn von Afrika B6-0033/2009 die unverzügliche Freilassung von Dawit Isaak und weiteren inhaftierten Journalisten. Am 20. Februar 2009 sandte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, ein Schreiben an den Präsidenten von Eritrea, in dem er seiner tiefen Besorgnis über den Gesundheitszustand von Dawit Isaak Ausdruck verlieh und erneut die sofortige Freilassung von Isaak und anderen Journalisten forderte. Außerdem ersuchte er die eritreischen Behörden, dem Besuch eines Beamten der Europäischen Kommission in Begleitung eines Arztes beim inhaftierten Isaak zuzustimmen. 2009 zählte Dawit Isaak zu den drei Finalisten für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments. Im Juni 2010 sandte der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, ein offizielles Schreiben an den Präsidenten von Eritrea, in dem er erneut die tiefe Besorgnis des

Europäischen Parlaments in Bezug auf Dawit Isaak zum Ausdruck brachte.

Nominiert von Martin Schulz im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



Birtukan Mideksa

Birtukan Mideksa ist eine äthiopische Politikerin und frühere Richterin. Sie steht an der Spitze der Oppositionspartei Einheit für Demokratie und Gerechtigkeit (UDJ). Ihr Geburtsort ist Addis Abeba. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte sie an der juristischen Fakultät der Universität von Addis Abeba und schloss das Studium mit dem Bachelor of Laws ab. Danach war sie als Anwältin im 3. Bundesgerichtsbezirk tätig.

Birtukan Mideksa wurde dann als Richterin an das 3. Amtsgericht des Bundesgerichts erster Instanz berufen. Dort führte sie den Vorsitz in einem aufsehenerregenden Prozess gegen den ehemaligen Verteidigungsminister und hohen Funktionär der TPLF, Siye Abraha, dem Korruption vorgeworfen wurde. Sie ließ den Beklagten gegen Kaution frei und musste wenig später zu ihrer Überraschung feststellen, dass Regierungsbeamte Siye festnahmen, als er in Begleitung seiner Familie und Freunde das Gerichtsgebäude verließ. Berichten zufolge erhielt sie im Anschluss daran mehrere Warnungen und Drohungen von Sicherheitsbeamten der Regierung.

Später beschloss Birtukan, sich einer politischen Partei anzuschließen. Ihre Ziele waren die Herbeiführung einer raschen Wende im Land, die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und die umfassende Achtung und Durchsetzung der Verfassung, die nicht gewährleistet war, wie sie bei ihrer Tätigkeit als Richterin selbst feststellen musste. Sie trat der Partei Regenbogen Äthiopien: Bewegung für Demokratie und Soziale Gerechtigkeit und später der Koalition für Einheit und Demokratie (CUD), einem Bündnis aus vier Parteien, bei. Bei den Wahlen 2005 gewann ihre Partei mehr als ein Drittel der Sitze und war überzeugt, dass sie noch besser abgeschnitten hätte, wenn es bei der Stimmabgabe und Auszählung nicht zu Unregelmäßigkeiten gekommen wäre. Daraufhin begann die Regierungspartei, die Führer der Oppositionsparteien (darunter auch Birtukan) zu verhaften. Birtukan wurde des versuchten Sturzes der verfassungsmäßigen Ordnung beschuldigt und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. 2007, nach langwierigen Verhandlungen, wurde sie begnadigt, nachdem sie wie andere Oppositionsführer 18 Monate im Gefängnis zugebracht hatte. Später gründete sie die UDJ (Einheit für Demokratie und Gerechtigkeit), die dieselben Grundsätze

wie die CUD vertrat. Die Umbenennung der Partei war erforderlich geworden, weil die Wahlkommission der Regierungspartei einer Splittergruppe der CUD (Kinijit) diese Bezeichnung übertragen hatte. Birtukan wurde zur Vorsitzenden der UDJ gewählt, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, auf friedlichem Wege Veränderungen in Äthiopien zu erreichen.

Am 28. Dezember 2008 wurde Birtukan erneut verhaftet und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, nachdem die Begnadigung von 2007 widerrufen worden war. Birtukan Medeksa wurde zusammen mit mehr als 100 Personen verhaftet, die gegen das umstrittene Wahlergebnis von 2005 protestiert hatten. Die äthiopische Regierung erklärte, sie sei unter der Bedingung begnadigt worden, sich „für ihre Straftaten zu entschuldigen“. Grund für ihre erneute Verhaftung seien Berichte, denen zufolge sie öffentlich abtritt, sich für ihre Handlungen entschuldigt oder um Begnadigung gebeten zu haben. Nun müsse sie eine lebenslange Haftstrafe verbüßen. Birtukan hatte öffentlich erklärt, ihren „friedlichen Kampf für mehr Demokratie, Respekt für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ in Äthiopien fortsetzen zu wollen. Ihre Probleme begannen damit, dass sie sich im Ausland gegenüber Journalisten über die Umstände der Haftentlassung der Oppositionsführer äußerte. Sie wies auf die Verhandlungen hin, die zwischen der Opposition und der Regierung unter Beteiligung eines „Ältestenrates“ stattgefunden hatten, bevor schließlich die Begnadigung ausgesprochen wurde. Die Regierung hatte betont, dass die begnadigten Gefangenen ein Dokument unterzeichnet hatten, in dem sie die „begangenen Fehler bedauerten“. Damit wurde impliziert, dass die Freilassung im Rahmen eines normalen Gerichtsprozesses und nicht im Ergebnis eines politischen Deals erfolgte.

Merera Gudina, Führer der oppositionellen Koalition Forum für Demokratischen Dialog (FDD – Medrek), erklärte während eines Besuches in den USA im November 2009 vor der Öffentlichkeit: „Birtukan Medeksa wird der Mandela Äthiopiens“. Viele ihrer Anhänger bezeichnen sie als Äthiopiens Aung San Suu Kyi, die burmesische Oppositionspolitikerin, die sich ebenfalls in Haft befindet.

Im Dezember 2009 bezeichnete Amnesty International die Verhaftung Birtukan Mideksas als „*ungerecht und politisch motiviert*“. Amnesty International startete eine internationale Kampagne für ihre Freilassung und stellte die Behauptung der äthiopischen Regierung, ihre Verhaftung sei eine juristische Angelegenheit¹, in Frage. Als der äthiopische Premierminister Meles Zenawi, der Birtukans Namen selten nennt, auf einer Pressekonferenz im Dezember 2009 zu ihrer Entlassung befragt wurde, antwortete er: „Es wird niemals und mit niemandem eine Vereinbarung über die Freilassung von Birtukan geben. Niemals. Punkt. Dieses Thema ist abgeschlossen.“²

¹ <http://www.ethiopianreview.com/content/11916>.

² http://en.wikipedia.org/wiki/Birtukan_mideksa.

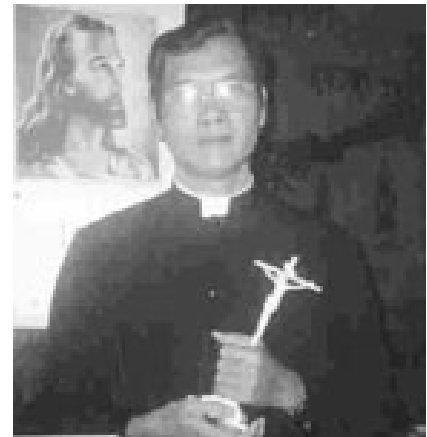
Nominiert von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten

Vater Thadeus Nguyen Van Ly

Vater Nguyễn Van Ly ist ein vietnamesischer Priester und führender Menschenrechtsaktivist, der nur gewaltlosen Widerstand als Mittel einsetzt, um sein Ziel – die Förderung universeller Menschenrechte – zu erreichen. Seine Leitsätze sind:

- Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes, Versammlungs- und Informationsfreiheit, Gedanken- und Religionsfreiheit;
- Gleichheit und Gerechtigkeit für das Volk von Vietnam;
- Etablierung einer wahren Demokratie in Vietnam.

Vater Nguyễn Van Ly wurde erstmalig im September 1977 verhaftet, weil er zwei Abhandlungen des Erzbischofs Nguyen Kim Dien verbreitet hatte, in denen die Unterdrückung religiöser Minderheiten durch die Regierung kritisiert wurde. Wegen seines Engagements für Menschenwürde und Demokratie hat der Priester seitdem insgesamt mehr als 20 Jahre im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Als er im März 2010 zu Zwecken ärztlicher Behandlung vorübergehend freigelassen wurde, stellten ihn die Behörden sofort unter strenge Bewachung. Da er eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ darstelle, wurde ihm die „sofortige“ Verhaftung angedroht, falls er die internationale Gemeinschaft anrufe und auf die Menschenrechtssituation in Vietnam aufmerksam mache.



Vater Nguyễn Van Ly fasst seine Tätigkeit zur Förderung der Menschenrechte und der Menschenwürde wie folgt zusammen: „Eine zivilisierte Gesellschaft sollte niemals einer Regierung, gleich welche Ideologie oder politischen Grundsätze sie vertritt, erlauben, unter Berufung auf die ‚Nichteinmischung‘ in innere Angelegenheiten des Staates die allgemeinen Menschenrechte zu missachten und ihr eigenes Volk hinter einem eisernen Vorhang abzuschotten.“

Nominiert von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten

OPEN DOORS

OPEN DOORS ist eine überkonfessionelle christliche Mission zur Unterstützung verfolgter Christen, denn diese sind die am stärksten verfolgte religiöse Minderheit. Vier von fünf Menschen, die weltweit aus Gründen ihres religiösen Glaubens verfolgt werden, sind Christen. In vielen Ländern der Welt werden sie in unterschiedlichem Maße diskriminiert, wobei das Spektrum von einzelnen Angriffen bis zu systematischer Unterdrückung durch die Behörden reicht.

OPEN DOORS wurde 1955 von Anne van der Bijl, einer Holländerin, gegründet, nachdem sie verfolgte Christen im kommunistischen Polen besucht hatte. Das ursprüngliche Ziel von OPEN DOORS war, die Christen in den kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in China zu erreichen. In den siebziger Jahren erweiterte sich das Aktionsfeld der Organisation auf den Nahen Osten, Teile von Afrika und Südostasien. Gegenwärtig ist die Organisation in mehr als 45 Ländern aktiv und ihre Tätigkeit umfasst ein breites Spektrum von Aktivitäten, darunter:

- Lobbyarbeit in westlichen Ländern und in Ländern mit Unterdrückerregimes zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit;
- rechtlicher Beistand und Unterstützung für Gefangene und ihre Familien;
- finanzielle Unterstützung von Erholungszentren für christliche Flüchtlinge, Witwen und Waisen, Versöhnungskommissionen und Bibelschulen;
- Verteilung von Bibeln und anderer christlicher Literatur.

OPEN DOORS veröffentlicht jährlich den *Weltverfolgungsindex*, eine Liste von Ländern, in denen Christen wegen der aktiven Ausübung ihres Glaubens am stärksten verfolgt werden.

OPEN DOORS initiierte kürzlich eine breit angelegte Hilfsaktion für Opfer der Überschwemmungen in Pakistan, die religiösen Minderheiten angehören und bei den offiziellen pakistanischen Hilfsmaßnahmen diskriminiert wurden.

Weitere Informationen:

<http://sb.od.org/> (OPEN DOORS internationales Webportal)

<http://www.opendoorsuk.org/> (OPEN DOORS UK)

<http://www.opendoors.nl> (OPEN DOORS NL)